

Sinn und Unsinn von Subventionen

Multi macht Produktionsstätte dicht/Auch Chance für einen Neuanfang

In wenigen Tagen, am 28. Februar, kommt in Finnland der Aufsichtsrat des Nokiakonzerns zusammen. Vermutlich beschließt er das endgültige Ende der Handyproduktion in Bochum. 2.300 fest angestellte Frauen und Männer verlieren Mitte des Jahres ihren Arbeitsplatz. Weitere 1.000 Leiharbeiter können sich nach einem neuen Job umsehen. Nach der Sitzung wird deutlich, mit welchen Maßnahmen das Unternehmen diesen Verlust abzufedern gedenkt.

Foto: Schälte

Connecting People“, so lautet der Werbespruch des weltweit agierenden finnischen Multis. Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Nokia Nummer eins auf dem Weltmarkt der Handyhersteller. Diese Sparte hat im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro für das Unternehmen eingefahren – ein Sprung von 67 Prozent. Bochum hat dazu nach Kräften beigetragen, aber in den Augen der Manager eben nicht genug. Hier werden derzeit acht Handylinien montiert und verpackt, seit 2007 sind allerdings nicht mehr die weltweiten Absatzträger darunter. Absicht, um die Schließung von langer Hand vorzubereiten? Jedenfalls rechnen Firmensprecher vor, der Standort Bochum habe das höchste Kosteniveau. Hier würden sechs Prozent aller Handys hergestellt, aber es fielen 23 Prozent der gesamten direkten Lohnkosten im Konzern an. So erhält das Urteil von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Bedeutung, der gesagt hat: „Bochum wird nicht geschlossen, weil es Verluste gemacht hat, sondern weil es nicht genug Gewinne gemacht hat.“ Logik in den Zeiten der Globalisierung.

Aber ist Nokia wirklich nur der kaltschnäuzige Multi, wie er immer wieder dargestellt wird? Was ist mit der viel gerühmten Unternehmenskultur, wo alle sich duzen, die Türen offenstehen und keine hierarchischen Schranken den Umgang erschweren? Die Bochumer Nokianer hatten bis vor Kurzem den Eindruck, sie arbeiteten in einer großen Familie. Nokia hat in Bochum 61 Millionen Euro an Subventionen vom Land NRW erhalten, unbestritten. Aber es hat auch seit 1999 in den Standort Bochum nach eigenen Angaben 350 Millionen Euro investiert. Hat Nokia nun die im Förderungsbescheid geforderte Zahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen geschaffen, ist man darunter geblieben, hat man darüber gegenüber dem Subventionsgeber berichtet und wie hat der sich verhalten? Das interessiert nicht nur die Fachleute der Landesregierung und die Unternehmensjuristen, die sich mit der Rückzahlungsforderung des Landes in Höhe von

41 Millionen Euro auseinanderzusetzen haben, sondern auch Öffentlichkeit und Steuerzahler.

MITTELSTAND

Der Steuerzahler sitzt mit am Tisch, wenn über die Rückforderung gerungen wird. Er ist mit dabei, wenn über Sinn und Unsinn von Subventionen zu reden sein wird. Ein großes Unternehmen, das in einem strukturschwachen Gebiet über 2.000 Arbeitsplätze zu schaffen verspricht, kann sich des Wohlwollens der Politik sicher sein. Der Fall Nokia Bochum zeigt in seiner weiteren Entwicklung aber auch: Steuergelder für weltweit operierende Großunternehmen sind ein zweischneidiges Instrument. Die schwarzgelbe Landesregierung hat daraus den Schluss gezogen, nicht mehr Großkonzerne zu fördern, sondern in erster Linie mittelständische Unternehmen darin zu unterstützen, Arbeitsplätze zu schaffen. Vielleicht gelingt es auch den in der Region verankerten Mittelständlern besser, die neu geschaffenen Arbeitsplätze enger mit dem Forschungspotenzial vor Ort zu vernetzen und damit zukunftssicherer zu machen. Diese Verknüpfung mit dem Know-how etwa der Ruhr-Universität Bochum war im Fall Nokia viel zu wenig entwickelt. Die 300 Arbeitsplätze im Be-

reich Forschung und Entwicklung von Nokia Bochum haben die besten Aussichten, gerettet zu werden und die Keimzelle für einen Neuanfang in einem modernen Industriepark zu bilden, wie ihn NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben ins Gespräch gebracht hat. Wenn man sich nicht zu sehr auf das Produkt Handy konzentriert, sondern nach neuen Anwendungen sucht, könnten sich neue Perspektiven auftun. Der Konzern Nokia hat das offenbar schon erkannt. Es wird gemunkelt, Bochum sei das erste Opfer einer Neuausrichtung des Handyherstellers, der plane, verstärkt in das Geschäft mit Software-Angeboten wie GPS oder MP3 einzusteigen.

Im rumänischen Jucu, wo Nokia 60 Millionen Euro in der ersten Phase investiert, muss das Unternehmen vorerst keine Immobiliensteuer für Grundstücke und Fabrikhallen zahlen. Hier in Siebenbürgen arbeiten zunächst 350 Mitarbeiter, bis Ende 2009 soll die Zahl auf 3.500 Leute hochgefahren werden. Die Facharbeiter erhalten nach Angaben rumänischer Zeitungen 200 Euro monatlich – die Hälfte eines rumänischen Durchschnittsgehalts. Die Steuern müssen nachgezahlt werden, wenn Nokia in Rumänien vorzeitig seine Zelte abbricht, also vor Ablauf von 30 Jahren. Es scheint, dass der „Karawanen-Kapitalismus“ (Steinbrück) in Jucu eine längere Pause als in Bochum einlegen wird. JK